

# Zahlen-Daten-Fakten zum Thema

## Lohndumping

Herausgeber

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand  
Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

Stand: Februar 2011



## **Inhaltsverzeichnis**

	Seite
DGB-Aufruf: Arbeit – sicher und fair! .....	3
Lohndumping .....	4

## **DGB-Aufruf: Arbeit – sicher und fair!**

Die wirtschaftliche Erholung nach der Finanzkrise schafft kaum sichere Arbeitsplätze – Leiharbeit, befristete Beschäftigung und unsichere Arbeit nehmen zu. Die Arbeitgeber missbrauchen die Leiharbeit. Lohndumping ist die Folge.

Befristete Beschäftigung wächst in einem unerträglichen Maße an. Fast 10 Prozent der Beschäftigten arbeiten inzwischen nur noch befristet. Jede zweite Neueinstellung erfolgt mit einem befristeten Arbeitsvertrag. Vor allem junge Menschen bezahlen hierfür den Preis – sie finden nach der Ausbildung oder nach dem Studium nur unsichere Arbeit. Und Viele – vor allem Frauen – werden in schlecht bezahlte und befristete Arbeit oder unfreiwillige Teilzeit gedrängt.

Scheinselbstständigkeit durch Werkverträge und Dienstleistungen werden verstärkt genutzt, um neue Formen unsicherer Beschäftigung zu schaffen.

### **Wir wollen für alle Menschen Gute Arbeit – sicher und fair!**

Leiharbeit ist längst keine Ausnahme mehr, die nur zum Auffangen von Auftragsspitzen eingesetzt wird. Die Zahl der Leiharbeiter hat sich in den letzten Jahren verdreifacht. Fast 1 Million Menschen sind inzwischen in der Leiharbeit beschäftigt. Ohne Eingreifen des Gesetzgebers wird Leiharbeit ab dem 1. Mai 2011 noch stärker zu Lohndumping missbraucht, denn sie ist dann ohne Einschränkung grenzüberschreitend möglich.

Leiharbeit ist für immer mehr Menschen tagtägliche Arbeitsrealität. Sie verdrängt reguläre und abgesicherte Beschäftigung. Inzwischen werden Leiharbeiter auch als Streikbrecher eingesetzt!

Für diesen Missbrauch der Leiharbeit durch die Arbeitgeber zahlen die Leiharbeiternehmerinnen und Leiharbeiter den Preis: Sie leben in ständiger Unsicherheit, weil „hire and fire“ gang und gäbe ist. Und für diese Unsicherheit und ständige Flexibilität verdienen sie in der Regel 30 Prozent weniger als fest angestellte Kolleginnen und Kollegen, die die gleiche Arbeit machen.

### **Wir wollen für alle Menschen Gute Arbeit – sicher und fair!**

#### **Wir fordern:**

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit ab dem ersten Tag der Beschäftigung**
- **Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro**
- **Verhinderung von Lohndumping durch grenzüberschreitende Leiharbeit**
- **Ein Verbot zum Einsatz von Leiharbeitnehmern in Betrieben, die bestreikt werden**
- **Kein Dauereinsatz von Leiharbeitnehmern in Betrieben und Verwaltungen**
- **Mehr Mitbestimmungsrechte der Personal- und Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit**
- **Schluss mit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen**
- **Wirksame Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit**

Deshalb rufen der DGB und seine Gewerkschaften zu einem bundesweiten Aktionstag in Betrieben und Verwaltungen auf:

**24. Februar 2011**

**Gegen Lohndumping – für sichere und faire Arbeit. Der Gesetzgeber muss endlich handeln!**

## Lohndumping

- Der Staat subventioniert Armutslöhne und leistet damit einen erheblichen Beitrag zur Ausweitung des Niedriglohnsektors:
  - Immer mehr Menschen verdienen so wenig, dass ihr Einkommen durch Leistungen der Grundsicherung aufgestockt werden muss. Das „Aufstocker-Modell“ ist nichts anderes als ein staatlich gefördertes Kombilohn-Modell.
  - 50 Milliarden Euro wurden seit 2005 für Lohnzuschüsse in Form von ergänzendem Hartz IV ausgegeben,
  - die Ausgaben für die sog. Aufstockungen stiegen von 8 Milliarden EUR in 2005 auf 11 Milliarden EUR in 2009. Das sind knapp ein Drittel der Ausgaben des Bundes für Hartz IV (2009: 36,0 Mrd. Euro gesamte Hartz IV-Kosten des Bundes).
  - Zusätzlich zu diesen Kosten für die Aufstockung niedriger Löhne subventioniert der Steuerzahler Minijobs mit fast 4 Milliarden Euro, der Sozialversicherung gehen zwischen 2,2 und 2,4 Milliarden Euro verloren und die öffentlichen Haushalte verzichten durch Steuerausfälle auf mindestens 1 bis 1,3 Milliarden Euro.
  
- Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten steigt kontinuierlich an:
  - 1995 waren es 4,42 Millionen Menschen, 2008 arbeiteten 22 Prozent der Beschäftigten bzw. 6,5 Millionen Menschen zu Niedriglöhnen (Stundenlohn von weniger als 9,50(West-) bzw. 6,78 € (Ostdeutschland), davon 4,53 Millionen Frauen.
  - 2,2 Millionen Menschen bekommen für ihre Arbeit pro Stunde weniger als sechs Euro,
  - 1,2 Millionen Menschen sogar weniger als 4 Euro
  - Arbeitslose müssen jeden Job bis zur Grenze der Sittenwidrigkeit annehmen, also eine Entlohnung akzeptieren, die bis zu 30 Prozent unter dem Tarifniveau liegen kann: 30 Prozent Abzug von tariflicher oder ortsüblicher Bezahlung bedeuten in manchen Regionen der Republik einen Stundenlohn von weniger als 2,50 EUR.
  
- Während der Niedriglohnsektor ausufert steigen die Gewinne der Unternehmen:  
Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind in den vergangenen zehn Jahren um 45 % gewachsen und damit fast dreimal so stark wie die Arbeitnehmerentgelte.

- Die Ordnung des Arbeitsmarktes und die soziale Ordnung wird durch Niedrig- und Niedrigstlöhne und unsichere Jobs gefährdet, bspw. durch Werkverträge und befristete Beschäftigung
  - Soloselbstständige bezahlen Winkelzüge der Arbeitgeber mit dem Verlust von Einkommen und Sicherheit: betriebliche Aufgaben werden ausgegliedert, per Werkvertrag oder Dienstvertrag werden aus ehemaligen Beschäftigten plötzlich selbstständige Unternehmer – zu deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen; Arbeitskräfte, die auf eigene Rechnung arbeiten, kurzfristig verfügbar, stets flexibel auch im Preis und immer mobil sind
  - Das Normalarbeitsverhältnis - unbefristet, sozialversichert, Vollzeit - befindet sich auf dem Rückzug: mittlerweile ist jeder zweite neue Job befristet.

Die Arbeitsbedingungen der Menschen müssen sich grundlegend ändern:

Wir brauchen gute Arbeit, die allen Menschen ein gutes und planbares Einkommen sichert – für ein Leben in Würde. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.